



Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

Neubau des Mehrzweckgebäudes der Kunsthochschule Burg Giebichenstein realisieren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zum Neubau des Mehrzweckgebäudes der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle am Standort Seebener Straße.
2. Der Landtag stellt fest, dass es einen Siegerentwurf aus dem Architekturwettbewerb gegeben hat und begrüßt diesen.
3. Der Landtag erkennt an, dass seit der Planung inflationsbedingt sowie projektbezogen Baukostensteigerungen entstanden sind.
4. Der Landtag weist die Versuche des Finanzministeriums und des BLSA zurück die projektbezogenen Baukostensteigerungen durch Verkleinerung des Bauprojekts zu kompensieren. Ein Verzicht etwa auf Verfügungsflächen für Kunst, Wissenschaft und Versorgung ist nicht akzeptabel.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Vertrag mit dem Architekturbüro des Siegerentwurfs nicht zu kündigen, da sonst ein inakzeptabler Verzug des Neubaus sowie ein Verlust bereits investierter Gelder in Millionenhöhe einhergehen würde. Die projektspezifischen Mehrkosten werden durch das Land übernommen.

Begründung

Der Neubau für den Fachbereich Kunst an der Burg Giebichenstein ist dringend notwendig. Aufgrund der Wegebeziehungen ist die Seebener Straße als Ort für den Neubau ideal. Den

Neubau als architektonisches Highlight zu realisieren war sowohl der Wunsch der Kunsthochschule Burg Giebichenstein als auch von im Landtag vertretenen Fraktionen. Im Landesinteresse ist es, dass der aus dem Architekturwettbewerb hervorgegangene Siegerentwurf nun schnellstmöglich realisiert wird. Im Bauantrag von 2017 wurden Projektkosten bei der Berechnung der Projektkostenobergrenze nicht berücksichtigt. Das umfasst unter anderem Kosten, die aus der vorhandenen Radon-Belastung resultieren, Kosten für den Bodenaustausch, sowie die erforderliche weiße Wanne und Kosten für die Wärmeversorgung mittels Geothermie und Energieversorgung mittels Photovoltaik. Insgesamt gibt das Architekturbüro diese projektspezifischen Sonderkosten in Höhe von über 4,2 Millionen Euro an. Diese müssen der bisherigen Kostenobergrenze zugeschlagen werden, damit am Bau und am Anspruch an das Bauprojekt keine Einsparungen vorgenommen werden.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz